



Leitlinien der
Entwicklungs-
zusammenarbeit
des Saarlandes



Inhalt:

	Grußwort des Ministers für Bildung und Kultur	4
	Vorwort der Redaktionsmitglieder	6
1.	Präambel	7
2.	Grundsätzliches	9
2.1	Internationale und nationale Standards	9
2.2	Entwicklungspolitisches Verständnis	9
3.	Handlungsfelder	11
3.1	Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit	12
3.2	Wirtschaft, Forschung und Lehre	14
3.3	Internationaler Austausch	15
3.4	Wirtschaft, Unternehmen, öffentliche Verwaltungen und Kommunen	16
3.5	Internationaler Handel und Agrarpolitik	19
3.6	Nord-Süd-Partnerschaften/ Kooperationen	20
3.7	Auswirkungen europäischer Politik auf Länder des globalen Südens	21
4.	Förderung von Projekten im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit	22





Liebe Leserinnen und Leser,

wir stehen vor großen globalen Herausforderungen.

Menschenrechte werden verletzt, die Lebensbedingungen der Menschen auf der Welt klaffen weiter auseinander, Umweltzerstörung, Ressourcenverbrauch und Klimawandel schreiten voran. Immer mehr Staaten setzen auf Abschottung statt auf Kooperation.

Lebenschancen sind global ungleich verteilt. Mit dieser Verteilungsungerechtigkeit hängen gewaltsame Konflikte, Migration, Demokratiedefizite und Unterdrückung unmittelbar zusammen.

Um die Welt gerechter zu machen, brauchen wir einen Paradigmenwechsel im Denken und im Handeln – und zwar weltweit.

Grundlage für ein friedliches Zusammenleben der Menschen ist eine gerechte und auf Solidarität bauende Weltordnung. Für die weltweite gerechte Verteilung von Lebenschancen muss Nachhaltigkeit zum Leitprinzip werden. Wir brauchen eine Abkehr vom Ressourcenverbrauch und eine nachhaltige Lebensqualität.

Entwicklungszusammenarbeit braucht das Zusammenwirken aller politischen Ebenen und der zivilgesellschaftlichen Initiativen.

Die saarländische Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, im Dialog mit den Akteurinnen und Akteuren der saarländischen Entwicklungspolitik einen Beitrag zu leisten, die Globalisierung weltweit ökologisch und ökonomisch gerechter zu gestalten.

Die gemeinsam erarbeiteten Leitlinien der Entwicklungszusammenarbeit des Saarlandes unterstützen vorhandene Strukturen, Initiativen und Aktivitäten. Sie stellen die Grundsätze und Handlungsfelder der saarländischen Entwicklungszusammenarbeit dar. Dabei setzen wir auf Bildung, faire Beschaffung von Gütern, fairen Konsum und menschenwürdige Produktionsbedingungen.

Diesen Weg wollen wir weitergehen, weil wir wissen: Die Schaffung einer gerechten Weltordnung ist Voraussetzung für den Frieden – auch bei uns.

Ich bedanke mich bei allen Beteiligten für das große Engagement und die vielen guten Ideen. Ich bin zuversichtlich, dass es uns gemeinsam gelingt, die formulierten Ziele mit Leben zu füllen, damit nachfolgende Generationen eine Welt mit guten Lebensbedingungen vorfinden.

Ulrich Commerçon, MdL
Minister für Bildung und Kultur



Vorwort der Redaktionsmitglieder

Liebe Leserin, lieber Leser,

die entwicklungspolitischen Leitlinien bündeln Zukunftsfragen und motivieren nach Antworten zu suchen. Entwicklungspolitik findet nicht fernab „irgendwo da unten“ statt, sondern hier, mitten unter uns. Sie sind ein Dialogangebot, gemeinsam eine Verständigung zu suchen zu Fragen wie:

- Wie wollen wir leben?
- Wie wollen wir uns entwickeln?
- Wie wollen wir Energie und Nahrung produzieren?
- Wie wollen wir allen Menschen hier und anderswo Teilhabe ermöglichen?

Themen wie Globales Lernen, Internationaler Austausch, Agrarpolitik, nachhaltiger Konsum und Fairer Handel konkretisieren dieses Dialogangebot.

Bereits heute gibt es eine pulsierende Vielfalt an Initiativen und Organisationen, die sich damit beschäftigen und große wie kleine Alternativen für ein besseres Morgen entwickeln.

Die **entwicklungspolitischen Leitlinien** sind ein Angebot, Entwicklungspolitik weiter zu fassen und sich auch vor der eigenen Haustür entwicklungspolitisch einzubringen. Es geht darum, Menschen – egal ob im Süden oder im Norden – als Subjekte wahrzunehmen mit Hoffnungen, Sehnsüchten, Wünschen und nicht als Objekte „unserer“ gönnerhaften Hilfe.

Die **entwicklungspolitischen Leitlinien** möchten vermeiden, dass Entwicklungspolitik zum Containerbegriff verkommt, in den man alles deponiert und mit nivellierender Gleichgültigkeit „diskutiert“.

Die **entwicklungspolitischen Leitlinien** sind verfasst mit dem Grundsatz:
Die Erde ist für alle da.

Wir laden Sie ein, diesen Weg mit uns zu gehen.

Ulrike Dausend (Netzwerk Entwicklungspolitik Saarland)
Werner Langefeld (Attac Saar)
Roland Röder (Aktion 3. Welt Saar)
Eva Wessela (Europäische Akademie Otzenhausen)

1. Präambel

Die saarländische Landesregierung hat sich im Koalitionsvertrag für die 15. Legislaturperiode des Landtags des Saarlandes (2012–2017) zum Ziel gesetzt, im Dialog mit den entwicklungspolitisch tätigen Nichtregierungsorganisationen dazu beizutragen, weltweit Armut zu bekämpfen, Frieden zu sichern, Demokratie zu verwirklichen und die Globalisierung gerechter zu gestalten. Hierfür wurden vom zuständigen Ressort folgende Leitlinien der Entwicklungszusammenarbeit des Saarlandes erarbeitet. Basis dieser gemeinsam mit den Nichtregierungsorganisationen entwickelten Grundsätze ist das Leitbild einer globalen nachhaltigen Entwicklung.

Die vorliegenden Leitlinien der Entwicklungszusammenarbeit des Saarlandes beziehen sich auf die Verfassung des Saarlandes, die Grundsätze der internationalen Zusammenarbeit sowie die Beschlüsse der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder. So wurde am 12. Juni 2014 in Berlin von den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten zur Post-2015-Agenda für nachhaltige globale Entwicklung beschlossen, dass das Engagement der Länder im Bereich der Entwicklungs- und Nachhaltigkeitspolitik weiter an Bedeutung gewinnen soll:

„Damit steht die Entwicklungspolitik der Länder sowie die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund und anderen Akteuren in den kommenden Jahren vor neuen Herausforderungen:

- Neue globale Nachhaltigkeitsziele erhöhen die Anforderungen an ein kohärentes Regierungshandeln, um diese Ziele auch auf Landesebene zu erreichen.
- Nachhaltige Verhaltensmuster in Deutschland, wie bei Konsum, Energieverbrauch, Mobilität, Ernährung, Gesundheit oder wirtschaftlichem Handeln erhalten neues Gewicht.
- Bildung für Nachhaltige Entwicklung und Globales Lernen werden zu wichtigen Themen im schulischen und außerschulischen Bereich.

Zur Umsetzung dieser Ziele ist ein abgestimmtes, gemeinsames Handeln in Deutschland notwendig, sowohl zwischen Bund und Ländern etwa bei bewährten Bildungsschwerpunkten (z.B. Human Capacity Building) oder den entwicklungspolitischen Landespartnerschaften als auch bei der Zusammenarbeit mit Kommunen, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Kirchen für eine nachhaltige Entwicklung.“¹ Diese Resolution entwickelt den im Koalitionsvertrag genannten Beschluss fort, den die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder in ihrer Jahreskonferenz vom 22. – 24. Oktober 2008 in Dresden gefasst haben.

Die Leitlinien der Entwicklungszusammenarbeit des Saarlandes sind das Ergebnis eines Entwicklungsprozesses unter aktiver Beteiligung der Zivilgesellschaft und saarländischer Nichtregierungsorganisationen.

Zwar liegt die Hauptaufgabe der Umsetzung der Entwicklungszusammenarbeit bei der Bundesregierung und internationalen Organisationen, jedoch leisten auch die Aktivitäten der Länder und Kommunen sowie wesentlich die der Nichtregierungsorganisationen hierzu einen wertvollen Beitrag. Dabei wirkt die Arbeit der entwicklungspolitisch tätigen Netzwerke, Organisationen und Initiativen im Saarland vernetzend und impulsgebend.

Entwicklungszusammenarbeit stellt somit eine gemeinsame Aufgabe verschiedener

¹ http://www.globaleslernen.de/sites/default/files/files/link-elements/mpk_beschluss_2014_hp_0.pdf

Akteure auf unterschiedlichen Ebenen dar. Durch Information, Öffentlichkeitsarbeit, Beratung und Qualifizierung, durch Globales Lernen im Inland, aber auch durch Auslandsprojekte kann sich dem Ziel einer global nachhaltigen Entwicklung angenähert werden.

Die vorliegenden Leitlinien stellen den Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit des Saarlandes dar und sollen die vorhandenen Strukturen, Initiativen und Aktivitäten stärken. Sie dienen als Orientierung und bilden die Grundlage für das künftige entwicklungspolitisch relevante Engagement des Saarlandes.

Essenziell für die effektive Umsetzung der Leitlinien und somit für eine gelingende Entwicklungszusammenarbeit ist die Wahrung der Menschenrechte. Als Grundbedingung gilt es, einen Beitrag zu ihrer Einhaltung zu leisten und ihre Verletzung im Rahmen der Zusammenarbeit mit anderen Ländern zu verhindern. Die Landesregierung ist gemäß der Verfassung des Saarlandes den Menschenrechten verpflichtet; bei ihren Aktivitäten und Fördermaßnahmen muss sie diese achten, schützen und gewährleisten. Des Weiteren stellt die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen ein übergeordnetes Ziel dar, um gerechte gesellschaftliche Strukturen auch im Globalen Süden nachhaltig zu etablieren. Die Landesregierung setzt sich daher umfassend gegen geschlechtsspezifische Diskriminierung ein, um Frauen und Mädchen im Globalen Norden wie im Globalen Süden zur Selbstbestimmung zu befähigen. Eine kohärente und umfassende Entwicklungszusammenarbeit schließt ebenfalls die Beschaffung und Vergabe von Leistungen durch die saarländischen Landes- und Kommunalbehörden ein. Entsprechend dem saarländischen Tariftreuegesetz wirken die saarländischen öffentlichen Organisationen darauf hin, dass keine Waren Gegenstand der Leistungen sind, die unter Missachtung der in den Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) festgelegten Mindeststandards gewonnen oder hergestellt wurden. Damit sollen der Einsatz von Kinder- und Zwangsarbeit und die Diskriminierung von Frauen in den Produktionsketten ausgeschlossen sowie das Recht auf Vereinigung und Kollektivverhandlungen sichergestellt werden. Es ist unerlässlich, dass lokales Handeln ebenso beleuchtet und hinterfragt werden muss wie internationale Aktivitäten, da beides zum Beispiel menschenrechtliche Auswirkungen in den Ländern des Globalen Südens mit sich bringt. Zu einer modernen Entwicklungspolitik gehört grundsätzlich, auch unseren persönlichen Lebensstil so nachhaltig wie möglich zu gestalten.

Nur durch Informations-, Beratungs- und Bildungsarbeit kann gewährleistet werden, dass die Interdependenzen zwischen eigenem Handeln im Saarland und dessen Auswirkungen in anderen Ländern der Welt verständlich und nachvollziehbar werden und gemeinsam lösungsorientiert eine Politik gefördert wird, die das Leben aller Menschen weltweit ökologisch, ökonomisch und sozial gerechter gestaltet. Beispielhaft sei dabei auf die Arbeit des Netzwerkes Entwicklungspolitik im Saarland e.V. und die der Aktion 3. Welt Saar e.V. hingewiesen.

2. Grundsätzliches

2.1 Internationale und nationale Standards

Die bis 2015 angestrebte Umsetzung der internationalen Millennium Development Goals (MDGs), welche einen einmaligen weltweiten Konsens über globale Entwicklungsziele darstellten, brachte einige Verbesserungen in der Armutsbekämpfung weltweit. Mit neuen globalen Herausforderungen wurden weitergehende internationale Ziele erforderlich.

Die neuen Leitbilder sind daher wesentlich ambitionierter und umfassen ökologische, ökonomische und soziale Ziele. Darüber hinaus gelten sie nun für alle Staaten, also auch für die des Globalen Nordens und nicht nur für die wirtschaftlich schwächeren. Der Dialogprozess im Rahmen der Post-2015-Agenda war breit angelegt, neben der Politik wurden auch Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft sämtlicher UN-Länder einbezogen. Mit den aus diesem Prozess hervorgegangenen Sustainable Development Goals (SDGs) haben sich die Vereinten Nationen auf einen Zukunftsvertrag für alle Länder der Welt geeinigt, der auch Ziele benennt, die bis 2030 umgesetzt werden sollen: die Agenda 2030². Diese soll eine weltweite nachhaltige Entwicklung im Sinne einer globalen Verantwortung weiter vorantreiben. Die SDGs und deren Umsetzung durch die Agenda 2030 stellen somit den anerkannten Referenzrahmen für nationale und internationale Aktivitäten dar. Dazu leistet das UNESCO-Weltaktionsprogramm „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ einen wesentlichen Beitrag.

Die deutsche Entwicklungspolitik wird durch die verschiedenen Beschlüsse der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten unterstützt. Die Länder engagieren sich dabei gemäß ihren Stärken und Zuständigkeiten in der Entwicklungszusammenarbeit in gemeinsamer Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen. Die Basis der Entwicklungszusammenarbeit bilden die rechtlich verbindlichen UN-Menschenrechtskonventionen und ILO-Kernarbeitsnormen sowie die durch Deutschland ratifizierten Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation. Nur durch Wahrung dieser Grundlagen ist eine nachhaltige Entwicklung möglich und Entwicklungszusammenarbeit glaubwürdig. Mit der Verantwortungsübernahme aller Länder und ihrer verschiedenen Ebenen wird eine solidarische Verantwortung aller Beteiligten initiiert und ausgebaut.

2.2 Entwicklungspolitisches Verständnis

Die Möglichkeiten für das Saarland, einen aktiven Beitrag im Rahmen der Entwicklungspolitik zu leisten, sind einerseits mannigfaltig, andererseits müssen aus Kapazitätsgründen Schwerpunkte gesetzt werden. Die Landesregierung richtet im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit ihr Handeln auf gemeinsames Agieren mit den Nichtregierungsorganisationen des Landes und die Kooperation mit ausländischen Partnern aus. Dabei finden die Bezeichnungen Globaler Norden und Globaler Süden Verwendung. Diese Begriffe „sind nicht geographisch zu verstehen, sondern vielmehr als wertfreie Beschreibung verschiedener Positionen in der globalisierten Welt. So definiert der ‚Globale Süden‘ eine im globalen System benachteiligte gesellschaftliche, politische und ökonomische Position. ‚Globaler Norden‘ hingegen beschreibt eine privilegierte Position (...) Die Begriffe werden verwendet, um eine Hierarchie zwischen ‚Entwicklungsländern‘ und ‚entwickelten Ländern‘ aus einer eurozentristischen

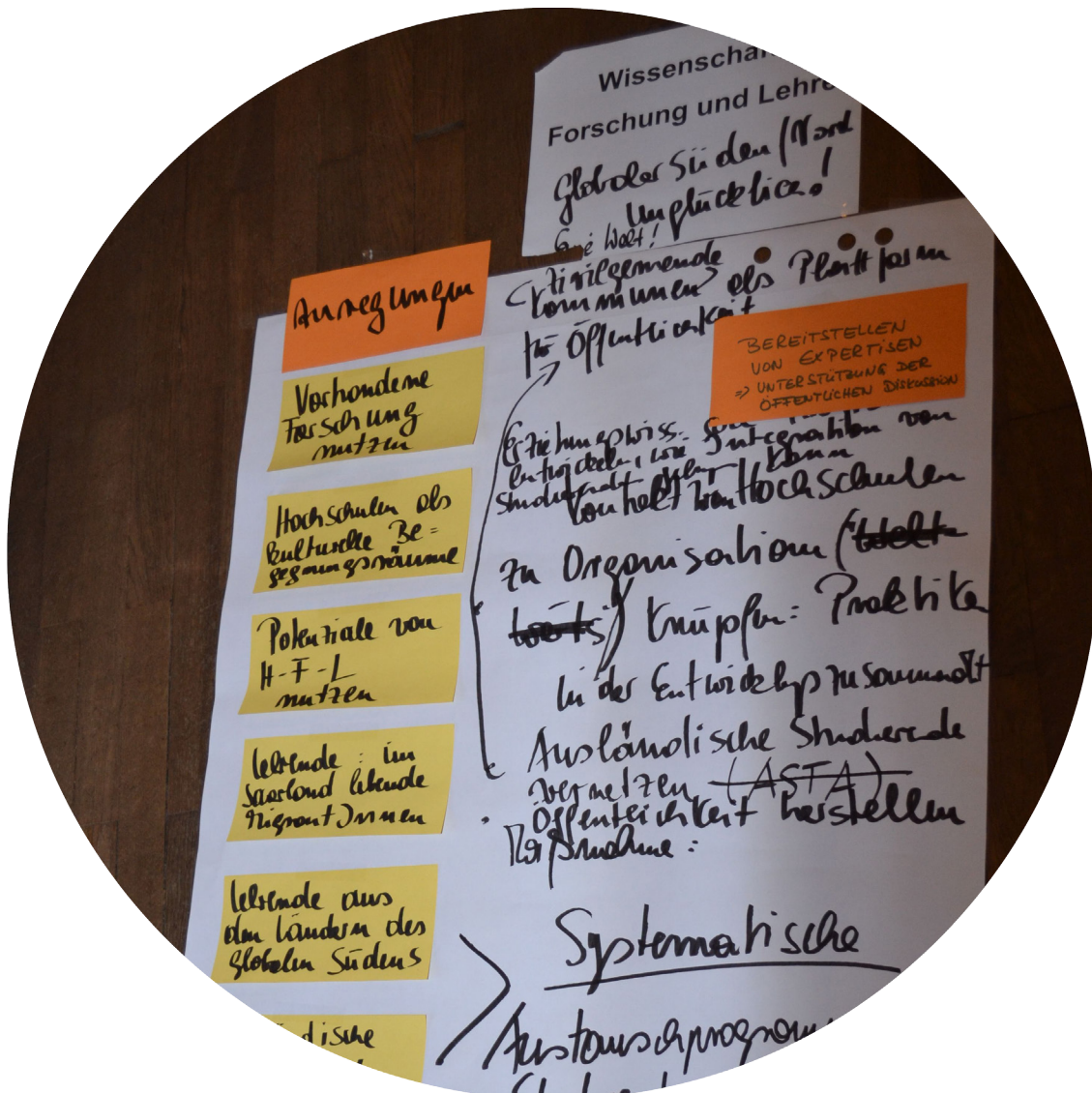
² http://www.bmz.de/de/ministerium/ziele/2030_agenda/index.html

Sichtweise heraus zu vermeiden.“³ Dabei gilt stets das Prinzip der Augenhöhe. Nur im Verbund mit anderen Partnern auf lokaler Ebene, national und international sowie vor allem mit nichtstaatlichen Organisationen kann eine fruchtbare Ausgestaltung der Entwicklungszusammenarbeit gelingen.

Auf Landesebene sind für die Zielsetzung einer nachhaltigen Entwicklung mehrere Aspekte von besonderer Bedeutung. Das entwicklungspolitische Engagement in den Ländern kann vor allem bei Bildung, Beschaffung, Konsum und Produktion ansetzen. Dabei müssen auch hier alle relevanten Akteure (Politik, Verwaltung, Kirchen, Gewerkschaften, Wirtschaft und Nichtregierungsorganisationen) einbezogen werden und gemeinsam eine kohärente Umsetzung verfolgen.

Entwicklungszusammenarbeit ist eine Querschnittsaufgabe, die bei politischen Fragestellungen in allen Ressorts des Landes stets identifiziert und auf das gemeinsame Ziel einer nachhaltigen Entwicklung ausgerichtet werden muss.

In diesem Sinne wurde die Entwicklungszusammenarbeit des Saarlandes und explizit der Ansatz der Bildung für Nachhaltige Entwicklung bei der Erarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie des Saarlandes bedacht.



³ <http://www.weltwaerts.de/de/faq-sued-nord.html#glob>.

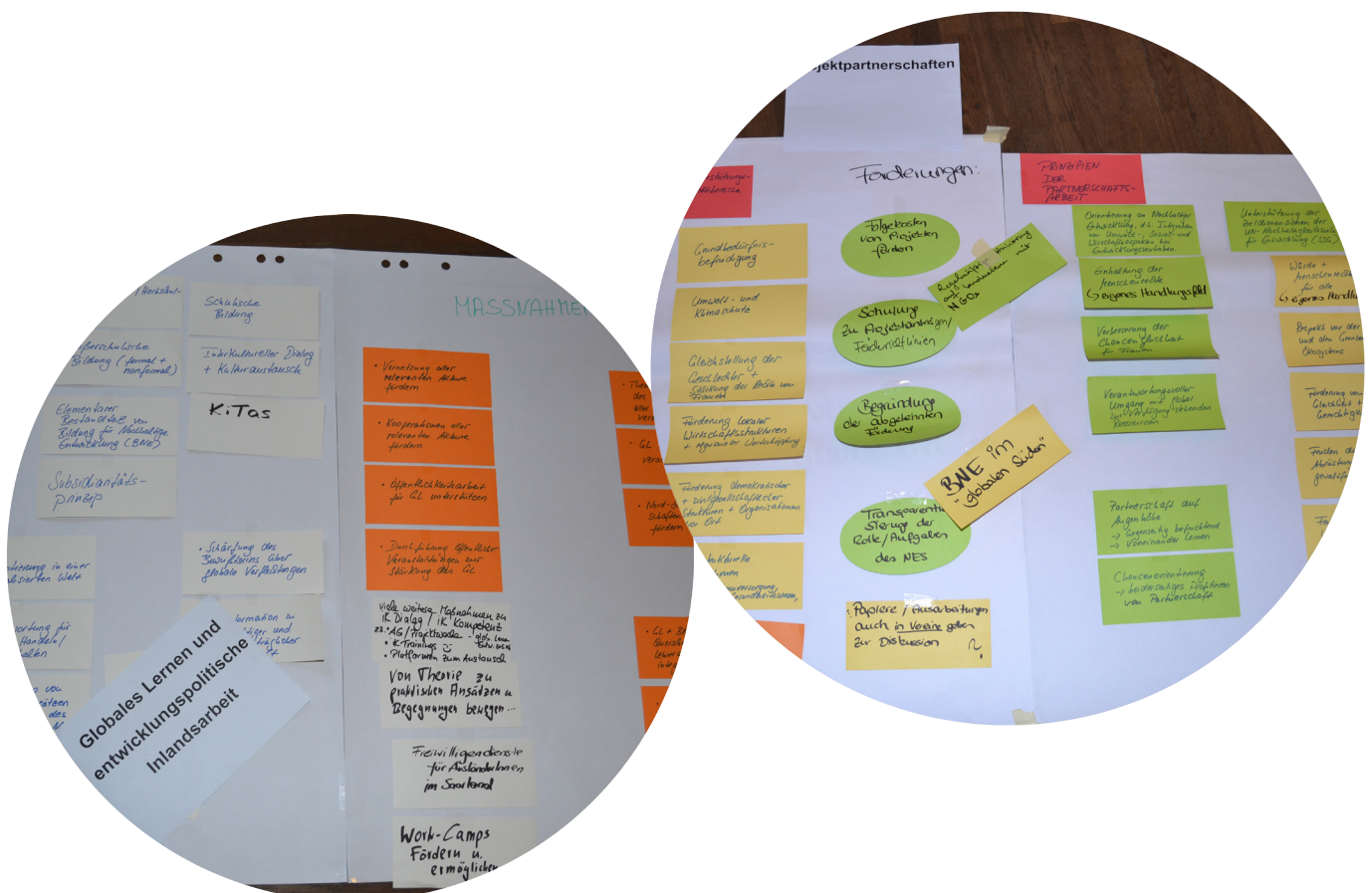
3. Handlungsfelder

Betrachtet man die unter Nummer 2 beschriebenen internationalen und nationalen Standards sowie das unter Nummer 2.2 dargestellte entwicklungspolitische Verständnis, ergeben sich im Saarland einzelne Handlungsfelder, in welchen bereits konkrete Aktivitäten umgesetzt werden und sich auch weiterhin Handlungsbedarf abzeichnet.

Im Folgenden werden die Handlungsfelder der Entwicklungszusammenarbeit des Saarlandes dargestellt, aktuelle Aktivitäten aufgezeigt und Handlungsbedarfe formuliert. Sie geben Orientierungshilfe und sollen zugleich Ausblick sein. Dabei sind die unter Punkt 2 aufgeführten internationalen und nationalen Standards sowie der Anspruch, durch inländische Informations- und Bildungsarbeit Sensibilisierung zu betreiben, stets als übergeordnete Absichten der Handlungsfelder zu verstehen.

Die Handlungsfelder der saarländischen Entwicklungszusammenarbeit sind:

- entwicklungspolitische Informations-, Beratungs- und Bildungsarbeit
- Wissenschaft, Forschung und Lehre
- internationaler Austausch
- Wirtschaft, Unternehmen, öffentliche Verwaltungen und Kommunen
- internationaler Handel und Agrarpolitik
- Nord-Süd-Partnerschaften/ Kooperationen
- Auswirkungen europäischer Politik auf Länder des Globalen Südens



3.1 Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit

Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit will globale Zusammenhänge und lokale Ansätze nachhaltigen Handelns stärker im Bewusstsein der Bevölkerung verankern und zielt dabei auf die Übernahme von Verantwortung für eine an den Menschenrechten sowie internationalen Arbeits- und Sozialstandards orientierte gerechtere, klimaverträglichere und zukunftsfähigere Weltgesellschaft im individuellen wie im gesellschaftlichen Umfeld. Sie gibt Orientierung für das eigene Leben angesichts zunehmender internationaler Verflechtungen und komplexer globaler Interdependenzen und öffnet damit den Blick für verschiedene Entwicklungsvorstellungen. Dabei richtet sie sich an alle Alters- und Zielgruppen und findet im formalen Bildungssystem (Kindergärten, Schulen, berufliche Bildung, Hochschulen) wie in der informellen Bildung (Vereine, Verbände, Parteien, Kirchen, Jugend- und Erwachsenenbildung) meist unter dem Begriff Globales Lernen statt. Entwicklungspolitische Informations-, Beratungs- und Bildungsarbeit findet auch in der Aus- und Fortbildung nationaler und internationaler Fach- und Führungskräfte statt.

Entwicklungspolitische Bildungsarbeit wird ebenso im Rahmen der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) umgesetzt. Diese hat in Deutschland und auch explizit im Saarland mittlerweile eine herausragende Rolle eingenommen. Unterstützt wurde diese Entwicklung auch durch die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Ziel aller Maßnahmen der BNE ist es, Kinder und Jugendliche so früh wie möglich dazu zu motivieren, im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung aktiv, kritisch und wirksam an gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen mitzuwirken. Die Förderung des Globalen Lernens und der BNE stellt schon seit vielen Jahren eines der zentralen Anliegen der saarländischen Landesregierung dar. Sie unterstützt fachlich, ideell und finanziell entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen in ihrem schulischen wie außerschulischen Engagement zum Globalen Lernen, um das Denken in globalen Zusammenhängen und verantwortliches Handeln in Bildung, Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung zu verankern. Mit dem Zentrum Bildung für nachhaltige Entwicklung, dem Sachgebiet Friedenserziehung am Landesinstitut für Pädagogik und Medien (LPM) sowie der Landeszentrale für politische Bildung sind im Saarland bereits starke Partner im Rahmen der institutionellen entwicklungspolitischen Bildungsarbeit etabliert.

Weiterhin informieren Nichtregierungsorganisationen regelmäßig mit vielfältigen Methoden über Themen von globaler Bedeutung wie Welthandel, Fairer Handel, nachhaltiger Konsum, Klimawandel, Fluchtursachen oder Menschenrechte und sind diesbezüglich an der Weiterbildung beteiligt. In Zusammenarbeit mit Schulen und außerschulischen Bildungseinrichtungen werden Unterrichtseinheiten und Projektstage für Kinder und Jugendliche, Lehrerinnen- und Lehrerfortbildungen, Pädagogische Tage und Fortbildungen für Bildungsreferentinnen und Bildungsreferenten sowie für Studierende angeboten. Mit öffentlichen Veranstaltungen, Aktionstagen oder konsumkritischen Stadtrundgängen wird die saarländische Bevölkerung für entwicklungspolitische Belange sensibilisiert und somit als Mitstreiter gewonnen.

Handlungsfelder und -bedarfe im Rahmen entwicklungspolitischer Informations- und Bildungsarbeit:

- **Förderung der Kooperation zwischen Nichtregierungsorganisationen und Bildungseinrichtungen**

Die Förderung der Kooperation von Bildungseinrichtungen mit Nichtregierungsorganisationen im Bereich des Globalen Lernens ist erfolgreich. Die systematische Zusammenarbeit von Schulen und anderen Einrichtungen der formalen und informellen Bildung mit außerschulischen Partnern aus dem Bereich der entwicklungspolitischen und nachhaltigkeitsorientierten Bildung soll daher weiter unterstützt werden. Die Vernetzung aller an der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit Beteiligten untereinander und mit Akteuren aus anderen Bildungsbereichen soll weiterhin gefördert werden.

- **Zivilgesellschaftliche Aktivitäten**

Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit und der Durchführung öffentlicher Veranstaltungen, die auf die Stärkung des Globalen Lernens zielen, sollen vorrangig zivilgesellschaftliche Aktivitäten vorangetrieben und gefördert werden. Auch das Bund-Land-finanzierte bundesweite Eine-Welt-PromotorInnen-Programm im Saarland wird von der saarländischen Landesregierung intensiv unterstützt. Mit der Arbeit der Promotorinnen und Promotoren soll die Entwicklungspolitik im Saarland stärker publik gemacht werden.

- **Globales Lernen stärken, fördern und intensivieren**

Die saarländische Landesregierung setzt sich weiterhin dafür ein, Themen und Methoden der Bildung für nachhaltige Entwicklung und des Globalen Lernens als Querschnittskonzepte in Schulen auszubauen. Als Grundlage hierfür dient der „Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung“ der Kultusministerkonferenz (2015)⁴ und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Das Globale Lernen soll sukzessive ins Schulsystem implementiert werden und so mittelfristig einen festen Platz darin einnehmen.

- **Globales Lernen als Bestandteil der Aus- und Weiterbildung**

Globale Bezüge und nachhaltige Entwicklung sollen als Querschnittsaufgabe stärker Eingang in die Aus- und Weiterbildung aller Lehrenden und Auszubildenden finden.

- **Förderung der Interkulturalität**

Die Förderung der Interkulturalität im Rahmen entwicklungspolitischer Informations- und Bildungsarbeit durch den Austausch und die Interaktion von Menschen mit verschiedenen kulturellen Hintergründen, das Erörtern und Zulassen unterschiedlicher Entwicklungsvorstellungen und die gemeinsame Verantwortungsübernahme Lehrender sowie Lernender ist der Entwicklungszusammenarbeit dienlich und soll auch weiterhin unterstützt werden.

Die Migrant*innenorganisationen sind ein gewichtiger Bestandteil der saarländischen Vereinsstruktur und befördern mit ihrer Arbeit den interkulturellen Austausch. In Fragen der Integration agieren sie an vielen Stellen als „Brücke und Verbündete“. Migrant*innen und Migranten können ihr Expertenwissen in die Diskussion um entwicklungspolitische Strategien einbringen; ihre Kenntnisse der Kultur, der Politik sowie der Sprache des jeweiligen Herkunftslandes stellen wichtige Ressourcen dar, die in der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit vielfältig genutzt werden können.

⁴ http://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2015/2015_06_00-Orientierungsrahmen_Globale_Entwicklung.pdf.

3.2 Wissenschaft, Forschung und Lehre

Als wissenschaftliche und kulturelle Begegnungsräume verfügen die saarländischen Hochschulen und Forschungsinstitute über große Potenziale für die Entwicklungszusammenarbeit. Durch bestehende Partnerschaften und Kooperationen mit Hochschulen weltweit sowie durch die Beteiligung an Austauschprogrammen für Studierende und Lehrende haben sie einen gewichtigen Anteil an der Umsetzung entwicklungspolitischer Forschung und Lehre.

Mit der Ausbildung von über 2.000 Studierenden aus Ländern des Globalen Südens⁵ leisten die saarländischen Hochschulen einen gesamtgesellschaftlichen Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit. Diese Studierenden werden durch ihre Ausbildung befähigt, Entwicklungsprozesse in ihrer Heimat anzustoßen und zu gestalten, und tragen damit entscheidend dazu bei, ihre Heimatländer international konkurrenzfähig zu machen. Durch bilaterale Austauschprogramme mit Hochschulen in Ländern des Globalen Südens erfüllen die Hochschulen eine wichtige Brücken- und Multiplikatorenfunktion und tragen dazu bei, das Bewusstsein deutscher Studierender für entwicklungspolitische Zusammenhänge zu schärfen. So bietet die Universität des Saarlandes Studierenden die Möglichkeit der Teilnahme an Austauschprogrammen, zum Beispiel mit der Université de Dschang, Kamerun, der Université Cheikh Anta Diop de Dakar, Senegal, oder der Université Omar-Bongo, Gabun. Die Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes (htw saar) offeriert Studierenden Austauschprogramme mit der German-Jordanian University, Amman, der Tecnológico de Monterrey und der Universidad Iberoamericana Ciudad de México. Diese Programme haben stets auch Einfluss auf die Entwicklungszusammenarbeit des Landes. Dabei gilt es, internationale Studierende auch beratend zu unterstützen, wenn es um die Entscheidung geht, im Ausland zu bleiben oder zurück ins Herkunftsland zu gehen.

Die Hochschulen sind als Partner in Projekte und Kampagnen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit einbezogen und mit weiteren Akteuren vernetzt, um die vorhandenen vielfältigen Potenziale der Kooperation auch diesbezüglich gegenseitig nutzen zu können und fruchtbar zu machen. Die Resultate der Spitzen- und Breitenforschung der saarländischen Hochschulen und Forschungsinstitute dienen zudem der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung von Ländern des Globalen Südens. Daneben wurde die Universität des Saarlandes 2014 als erste Fairtrade-University Deutschlands ausgezeichnet. Sie fördert mit einem Aktionsbündnis das Bewusstsein für den Fairen Handel sowie die Stärkung fairer Welthandelsstrukturen und setzt sich für ein ökosoziales Beschaffungswesen an der Universität ein. Auch die htw saar unterstützt in Kooperation mit der Fairtrade Initiative Saarbrücken sowie der Fairtrade-University Saarbrücken seit 2015 die Verbreitung des fairen Denkens und Handelns. Die Hochschulen leisten damit einen entscheidenden Beitrag zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen bei der Produktion von Waren in Ländern des Globalen Südens.

Dabei sollten Wissenschaft und Forschung im Sinne der Entwicklungszusammenarbeit auf geistes- und sozialwissenschaftlichen Ansätzen basieren, um den Trend zu friedlicher wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung weiterverfolgen und der gesellschaftlichen Verantwortung des Landes gerecht werden zu können.

⁵ Zum WS 2014/2015 gab es 2.027 Studierende aus Ländern des Globalen Südens an saarländischen Hochschulen (nach DAC-Liste der Entwicklungsländer und -gebiete [gültig für die Berichtsjahre 2014–2016]).

Handlungsfelder und -bedarfe im Rahmen von Wissenschaft, Forschung und Lehre:

- **Austauschprogramme nach Nord und Süd**

Die Wechselseitigkeit der Austauschprogramme soll weiterhin gefördert werden, sodass mehr Studierende/ Lehrende aus dem Saarland an Hochschulen im Globalen Süden Auslandserfahrung sammeln können, so wie umgekehrt Studierende/ Lehrende aus dem Globalen Süden ihren Auslandsaufenthalt im Saarland absolvieren.

3.3 Internationaler Austausch

Um den Herausforderungen einer modernen, vernetzten und komplexen Welt gerecht zu werden, werden der internationale Austausch sowie die direkte Begegnung von Menschen aus verschiedenen kulturellen Kontexten und mit unterschiedlichen Lebensrealitäten gefördert. Auf diese Weise können unter anderem Vorurteile überwunden und Kooperationen auf Augenhöhe aufgebaut werden. Zahlreiche saarländische Kommunen, öffentliche Einrichtungen, Kirchen und Wirtschaftsakteure sowie Initiativen und Vereine pflegen direkte Städte- oder Projektpartnerschaften mit Partnern im Globalen Süden. Diese direkten internationalen Beziehungen dienen der Völkerverständigung und gegenseitigen Bereicherung ebenso wie dem Aufbau persönlicher, politischer und wirtschaftlicher Kontakte. Die von der saarländischen Landesregierung getragene Organisation saar.is – saarland.innovation&standort e. V. bietet Kontaktpartnerschaften zwischen kleinen und mittleren Unternehmen aus dem Saarland und solchen aus Ländern des Globalen Südens an. Seit Jahrzehnten führen die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit⁶ (GIZ) und deren Vorläuferstrukturen Capacity-Building-Programme für Fach- und Führungskräfte aus den Ländern des Globalen Südens durch. Durch den Aufbau von Wissen, Engagement und Fertigkeiten dienen diese Programme der Kapazitätsentwicklung, um eine effektive nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen. Die GIZ Saarland bringt Akteurinnen und Akteure aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammen, um Potenziale auszuschöpfen: für nachhaltige Entwicklung weltweit und für ein weltoffenes und zukunftsorientiertes Saarland.

Handlungsfelder und -bedarfe im Rahmen des interkulturellen Dialogs und des internationalen Austauschs:

- **Nord-Süd-Austausch auf allen Ebenen fördern**

Die Landesregierung begrüßt und fördert den Austausch mit Partnern aus dem Globalen Süden auf vielfältigen Ebenen durch Schulpartnerschaften, Studierenden- und Jugendaustausch, Städtepartnerschaften, im Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturbereich.

- **Internationaler Austausch**

Menschen aus den Ländern des Globalen Südens soll die Möglichkeit eröffnet werden, ins Saarland zu kommen, um die hiesige Lebenswirklichkeit kennenzulernen und ihr Wissen sowie ihre Erfahrungen vor Ort zu vermitteln. Saarländerinnen und Saarländer sollen auch weiterhin in ihrem Bestreben unterstützt werden, in internationalen Austausch mit dem Globalen Süden zu treten.

⁶ <https://www.giz.de/de/html/index.html>.

- **Gegenseitiges Lernen auf Augenhöhe**

Die saarländische Landesregierung unterstützt die Etablierung von Capacity-Building-Programmen, um den gegenseitigen Austausch von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus Unternehmen, Wissenschaft, Nichtregierungsorganisationen und Verwaltung anzuregen.

3.4 Wirtschaft, Unternehmen, öffentliche Verwaltungen und Kommunen

Der Schutz natürlicher Ökosysteme und die Wahrung der ökologischen Belastungsgrenze sind elementar für die Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung. Wir leben derzeit über unsere ökologischen Verhältnisse. Natürliche Ressourcen werden knapp. Unsere Konsum- und Produktionsweisen haben auch Einfluss auf die biologische Vielfalt und sind teils nicht zukunftsfähig. Im Hinblick auf die weltweiten Herausforderungen durch den Klimawandel ist globale Solidarität unerlässlich. Ein Beispiel für das lokale Engagement gegen die Auswüchse des Klimawandels stellt der Umweltpakt Saar dar, an dem mittlerweile 150 saarländische Unternehmen teilnehmen und sich für eine dauerhaft umweltfreundliche Entwicklung der saarländischen Wirtschaft einsetzen, indem sie freiwillige Umweltleistungen erbringen, die deutlich über die gesetzlichen Standards hinausgehen.

Ein weiterer Aspekt ist die Produktion unter menschenwürdigen Bedingungen vor Ort und im Globalen Süden. Die saarländische Landesregierung unterstützt Unternehmen und Kammern bei der Realisierung von Projekten, die eine nachhaltige und menschenwürdige Entwicklung im Globalen Süden fördern und zum Nutzen und Fortschritt aller Beteiligten beitragen. Seit dem Jahr 2012 existiert auf Initiative der saarländischen Regierung die Servicestelle „Corporate Social Responsibility“ (CSR). CSR bedeutet gesellschaftlich verantwortungsvolle Unternehmensführung und bezieht sich auf die Art und Weise, wie ein Unternehmen wirtschaftet und seine Gewinne erzielt. Saar.is betreut das CSR-Projekt seit Mitte 2013 als Teilnehmer am Programm „Gesellschaftliche Verantwortung im Mittelstand“ des Europäischen Sozialfonds (ESF) und verfolgt damit das Ziel, den saarländischen Mittelstand nachhaltig für die Zukunft zu rüsten. Die Vernetzung von Unternehmen, Unternehmensverbänden, Gewerkschaften, Migrantinnen- und Migrantenverbänden, Kammern, Nichtregierungsorganisationen, Hochschulen und im Saarland lebenden Migrantinnen und Migranten kann hierbei eine wichtige Rolle spielen.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Im Bereich des internationalen Handels mit Waren und Dienstleistungen sind zahlreiche Schieflagen und strukturelle Ungerechtigkeiten zu konstatieren, welche die auseinanderklaffende Schere zwischen Nord und Süd immer weiter spreizen. Hier liegt es einerseits über die Ausgestaltung von Handelsabkommen in der Hand der Staaten(gemeinschaften), andererseits bei Unternehmen, öffentlicher Hand, Körperschaften und Einzelpersonen, nachhaltig zu produzieren und zu wirtschaften, um in allen Wirtschaftsbereichen zu faireren Arbeitsbedingungen, ressourcen- und klimaschonenderen Produktions- sowie gerechteren Handelsbeziehungen beizutragen.

Nachhaltiges Wirtschaften bedeutet, dass Unternehmen grundsätzlich sowohl sozial und ökologisch verantwortlich als auch wirtschaftlich erfolgreich handeln. Produkte und Dienstleistungen sollen zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen, die die Lebens-

grundlage künftiger Generationen sichert und stärkere soziale Gerechtigkeit zwischen Nord und Süd gewährleistet. Die benannte internationale Arbeitsteilung erfolgt mit dem Ziel, Lohnkosten zu senken, und resultiert oftmals aus der bewussten Verlagerung von Produktion und Einkauf in Länder mit niedrigen Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards, in denen grob gegen Menschenrechte verstoßen wird.

Fairer Handel zielt insbesondere auf Waren, die im Zuge der internationalen Arbeitsteilung und aufgrund klimatischer und geografischer Bedingungen im Globalen Süden produziert oder gefördert werden, wie spezifische Nahrungsmittel, Textilien und mineralische Rohstoffe. Weltläden und Fairhandels-Initiativen im Saarland steigern den Bekanntheitsgrad fair gehandelter Waren. Sie informieren über ausbeuterische und menschenunwürdige Arbeitsbedingungen, vermitteln zusammen mit anderen Nichtregierungsorganisationen, welche Kriterien gerechten Handel auszeichnen, und tragen somit maßgeblich zur entwicklungspolitischen Bildungsarbeit bei. Einige saarländische Kommunen und Landkreise wirken durch ihre Zertifizierung als Fairtrade Town oder Fairtrade Landkreis bzw. durch ihre Aktivitäten im Rahmen von Transition Towns („Stadt im Wandel“) als Vorbilder im Bereich der nachhaltigen und fairen Beschaffung. Zahlreiche Nichtregierungsorganisationen im Saarland sowie die Eine-Welt-Promotorinnen und Promotoren widmen sich regelmäßig mit Ihrer Arbeit den Schwerpunkten nachhaltiger Lebensstil sowie nachhaltige Produktions- und Geschäftspraktiken. Sie informieren und vernetzen mit dem Ziel, Rahmenbedingungen für nachhaltige Vergaben und Beschaffung zu entwickeln und ihre Umsetzung auszuweiten. Die Initiative „ERNA goes fair“⁷ ist ein Projekt, das sich für nachhaltige und faire Landwirtschaft weltweit einsetzt. ERNA steht für ERnährungssicherheit und NACHhaltigkeit und vernetzt Bäuerinnen, Bauern, Naturschützerinnen und Naturschützer, Eine-Welt-Engagierte sowie - bundesweit einzigartig - Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter.

In Zusammenhang mit nachhaltigem Wirtschaften, Fairem Handel und nachhaltiger Landwirtschaft spielt auch nachhaltiger Konsum eine wesentliche Rolle. Nachhaltiger Konsum bedeutet nicht nur die Berücksichtigung von Umwelt- und Sozialstandards beim Erwerb von Waren und der Nutzung von Dienstleistungen, sondern hat einen ressourcenschonenden, klimaverträglichen Lebensstil zum Ziel, um auch die Existenz aller am Produktionsprozess Beteiligten zu sichern sowie die Lebensgrundlage zukünftiger Generationen zu gewährleisten. Daher beinhaltet nachhaltiges Konsumverhalten nicht nur die Zukunftsfähigkeit von Konsum- und Produktionsmustern, sondern auch die Entsorgung von Produkten. Nachhaltige Beschaffung soll die Einhaltung sozialer und ökologischer Mindestanforderungen über die gesamte Lieferkette von Produkten, Unternehmen oder Organisationen auf Basis ökonomischer Nachhaltigkeit sicherstellen⁸.

Handlungsfelder und -bedarfe im Rahmen von Wirtschaft, Unternehmen, öffentlichen Verwaltungen und Kommunen:

• Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit

Die Landesregierung begrüßt Initiativen, die sich in der Bildungsarbeit für eine faire und nachhaltige Wirtschaftsweise engagieren und unterstützt Bestrebungen von Schulklassen, Schulen, Kommunen und Landkreisen, durch vielfältige Maßnahmen der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit globale Verantwortung auf verschiedenen Handlungsebenen zu verdeutlichen.

⁷ <http://erna.a3wsaar.de/erna-unterstuetzen/>.

⁸ Kompass Nachhaltigkeit, <http://kmu.kompass-nachhaltigkeit.de/nachhaltige-beschaffung.html>.

- **Verantwortliche Beschaffung anhand ökonomischer, ökologischer, sozialer und regionaler Kriterien/ Produkte des Fairen Handels**

Die Landesregierung setzt sich gemäß ihren eigenen Beschaffungsgrundsätzen und Vergaberichtlinien dafür ein, bereits vorhandene Spielräume im Bereich des Vergaberechts für eine nachhaltige, ökologische und soziale Beschaffung zu nutzen und den rechtlichen Rahmen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu modifizieren. Das Land erkennt die besondere Vorbildfunktion der Landesregierung und der Kommunen als Beschaffer von Waren und Dienstleistungen an und setzt sich für Rahmenbedingungen ein, die ein verantwortliches Beschaffungswesen ermöglichen.

- **Einhaltung der Menschenrechte und der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)**

Die Landesregierung möchte Unternehmen in der Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards sowie der ILO-Kernarbeitsnormen⁹ bestärken.

- **Gewerkschaftliche Rechte im Fairen Handel**

Die Landesregierung unterstützt bei ihrer Förderung des Fairen Handels auch Maßnahmen, die die Einhaltung gewerkschaftlicher Rechte während der gesamten Produktions- und Vertriebskette anstreben.

- **Saarländische Wirtschaftspolitik**

Die Landesregierung befürwortet die Schaffung ökonomischer Anreize, um eine nachhaltige Entwicklung aktiv zu fördern. Die Wirtschaftspolitik des Saarlandes soll sich dabei an globaler Zukunftsfähigkeit orientieren und sowohl im Inland als auch im Globalen Süden zu ressourceneffizienten, die Menschenrechte sowie die internationalen Arbeits- und Sozialstandards wahren, klimagerechten Wirtschaftsstrukturen sowie -beziehungen beitragen.

- **Initiativen zur verantwortungsvollen Unternehmensführung (CSR)**

Die Landesregierung begrüßt CSR-Initiativen saarländischer Unternehmen, insbesondere wenn es um die Einhaltung der Menschenrechte und ILO-Normen entlang der gesamten Produktionskette geht.

- **Vernetzung der Akteure**

Die Landesregierung fördert die Vernetzung zwischen Unternehmen und -verbänden, Kammern sowie entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen und die Berücksichtigung der Entwicklungspolitik in ihren Programmen.

- **Reduktion von CO₂-Emissionen**

Unternehmen sollen darin bestärkt werden, Maßnahmen gegen den Klimawandel sowie Modelle zur nachhaltigen Energieversorgung umzusetzen, damit sie aktiv einen Beitrag zur globalen Reduktion von Emissionen leisten können.

⁹ <http://www.ilo.org/berlin/arbeits-und-standards/kernarbeitsnormen/lang--de/index.htm>.

3.5 Internationaler Handel und Agrarpolitik

Die Länder der Weltgemeinschaft haben in großen Teilen abweichende Handelsvoraussetzungen und -interessen. So existieren auch erhebliche Unterschiede zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden. Billige Rohstoffe, niedrige Lohn- und Produktionskosten in den Ländern des Globalen Südens führen in den Industriestaaten zu günstigen Preisen, von denen Verbraucherinnen und Verbraucher oder dort einkaufende Unternehmen im globalen Norden profitieren. Dabei resultieren die niedrigen Löhne, welche oftmals weit unter dem Existenzminimum liegen, sowie die häufig mangelhaften Arbeitsbedingungen bis hin zu Kinder- und Zwangsarbeit oftmals aus dem geringen gewerkschaftlichen Einfluss, in der Regel als Folge der Unterdrückung der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Dies widerspricht dem Anspruch einer gerechten und solidarischen internationalen Handelspolitik. Auch tragen internationale Agrarkonzerne durch ihre Firmenpolitik mit dazu bei, dass es Landwirtinnen und Landwirten im Globalen Süden zunehmend erschwert wird, mit eigenem Saatgut nachhaltig ihre Felder zu bewirtschaften. Angestrebt werden muss eine internationale Agrar- und Handelspolitik, die Landwirtinnen und Landwirten weltweit Zugang zu Land, Saatgut sowie ihren Produkten verschafft. Sie müssen an der Wertschöpfung ihrer Waren beteiligt sein, damit Landflucht und die Aufgabe von Höfen verhindert werden. Dadurch kann die regionale Entwicklung gestärkt sowie die Ernährungssicherheit ärmerer Regionen gewährleistet werden. Darüber hinaus ist die Auseinandersetzung mit internationalen Handelsabkommen und den Aktivitäten nationaler wie auch multinationaler Konzerne in den Ländern des Globalen Südens relevant. Alle Menschen sollen den gleichen Zugang zu den Rohstoffen und kulturellen Gütern ihrer Gesellschaften haben. Entwicklung darf nicht nur mit Wachstum des Bruttoinlandsprodukts gleichgesetzt werden. Eine weltweit verwirklichte nachhaltige Landwirtschaft würde sich darüber hinaus positiv auf die Wahrung der biologischen Vielfalt auswirken. Dies wird unter anderem in der Saarländischen Biodiversitätsstrategie¹⁰ verdeutlicht, die bereits 2015 vom Ministerrat beschlossen wurde und den Schutz- und Handlungsrahmen für einen Beitrag zur Umsetzung der weltweiten Biodiversitätskonvention absteckt.

Handlungsfelder und -bedarfe im Rahmen von internationalem Handel und Agrarpolitik:

- **Monitoring**

Die Landesregierung begrüßt ein Monitoring saarländischer Firmen, die in Ländern des Globalen Südens aktiv sind, in Bezug auf die ökologischen und sozialen Auswirkungen ihrer Produkte und Produktionsprozesse.

- **Transparenz**

Die Landesregierung steht Initiativen positiv gegenüber, welche die Transparenz saarländischer Firmen hinsichtlich der Wahrung der Einhaltung der Menschenrechte unter Befolgung der ILO-Kernarbeitsnormen gewährleisten.

- **Gentechnikfreier Anbau**

Die Landesregierung setzt sich für das Projekt „Gentechnikfreie Anbauregion Saarland“ sowie für die weitere Verzahnung agrarpolitischen und entwicklungspolitischen Engagements ein, zum Beispiel für die Stärkung der landwirtschaftlichen Erzeugerseite in Nord und Süd. Es werden Maßnahmen unterstützt, die dazu beitragen,

¹⁰ http://www.saarland.de/dokumente/thema_naturschutz/Brosch_Biodiversitaet2015_NEU.pdf.

dass Bäuerinnen und Bauern Zugang zu lokal angepasstem, gentechnikfreiem sowie nicht mit Nachbaugebühren verbundenem Saatgut erhalten und an der Wertschöpfung ihrer Produkte beteiligt werden.

- **Wahrung biologischer Vielfalt**

Nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen ist weltweit die Grundvoraussetzung für den Schutz und Erhalt des Ökosystems sowie der natürlichen Vielfalt. Die Landesregierung unterstützt daher Maßnahmen, welche sich für den Erhalt der biologischen Vielfalt und den Schutz natürlicher Ökosysteme einsetzen.

- **Dialog mit den Beteiligten**

Die Landesregierung befürwortet Aktionen, die den Dialog zwischen Bäuerinnen und Bauern, developmentspolitisch Interessierten und Gewerkschaften fördern. Öffentliche Diskussionen über sozial gerechte und ökologisch verträgliche Entwicklungen in Nord und Süd können durch die Bereitstellung developmentspolitischer Expertisen unterstützt werden.

- **Expertise der saarländischen Nichtregierungsorganisationen**

Die Landesregierung strebt an, bei developmentspolitischen Entscheidungsfindungen im Bundesrat den Sachverstand developmentspolitischer Nichtregierungsorganisationen im Saarland stärker zu nutzen.

3.6 Nord-Süd-Partnerschaften/ Kooperationen

Developmentspolitische Partnerschaften sowie Kooperationen im Saarland sind die Basis zahlreicher developmentspolitischer Aktivitäten im In- und Ausland. Von der Gemeinschaftsarbeit profitieren die Menschen sowohl in der Partnerregion als auch vor Ort. Der direkte Kontakt bietet die Möglichkeit, sich mit den Ursachen von Ungleichheiten auf beiden Seiten auseinanderzusetzen und gemeinsame Lösungsansätze zur Bekämpfung von Ungleichgewichten zu erarbeiten. Diese gemeinsame Auseinandersetzung führt zu einer Kultur des voneinander Lernens. Voraussetzung einer sich gegenseitig befruchtenden Partnerschaft ist die Begegnung auf Augenhöhe unter Wahrung der Interessen und Bedürfnisse aller Beteiligten. Dabei ist insbesondere das interkulturelle Verständnis zu fördern, das darauf abzielt, Vorurteile und Klischees abzubauen sowie gemeinsame Chancen zu identifizieren. Entwicklungszusammenarbeit soll dabei der Maxime „Hilfe zur Selbsthilfe“ folgen. Saarländische Nichtregierungsorganisationen unterstützen Bau- und Infrastrukturprojekte wie Projekte zur Wasser- und Stromversorgung in ländlichen Gebieten oder den Bau von Schulen, Kindergärten und Krankenstationen. Sie sind behilflich bei der Anbahnung direkter Wirtschaftskontakte zwischen Kleinproduzenten und Regionalvermarktern. Außerdem werden regelmäßig Bildungsprojekte gefördert – vom Kindergarten bis zur beruflichen Bildung.

Handlungsfelder und -bedarfe im Rahmen von Nord-Süd-Partnerschaften/ Kooperationen:

- **Anbahnung**

Die Landesregierung unterstützt und fördert Projekte der direkten Kontakthanbahnung zwischen saarländischen Partnern und solchen des Globalen Südens.

- **Vernetzung von Akteuren**

Die Landesregierung würdigt und unterstützt das bedeutende und vielfältige Engagement entwicklungspolitisch Tätiger mit Partnern in unterschiedlichen Regionen und Ländern. Sie fördert die Vernetzung zwischen den Akteuren der entwicklungspolitischen Inlands- und Auslandsarbeit.

3.7 Auswirkungen europäischer Politik auf Länder des globalen Südens

Der fortschreitende Integrationsprozess innerhalb der Europäischen Union prägt die Politik der Mitgliedstaaten, bestimmt deren politische Konditionen und setzt Handlungsrahmen zum Beispiel in der Agrarpolitik und durch bi- sowie multilaterale Abkommen. Das Saarland ist davon in vielfältiger Weise betroffen. Die saarländische Landesregierung sieht sich in der Verantwortung, die europäische Entwicklungszusammenarbeit unter anderem unter Einbeziehung der saarländischen Europaabgeordneten und aller entwicklungspolitisch engagierten Bürgerinnen und Bürger auch auf dieser Ebene mitzugestalten und mitzubestimmen. Dabei ist zu beachten, dass das breite Aufgabenspektrum der Entwicklungspolitik der Einbettung in alle Zuständigkeitsbereiche des Landes entspricht. Einzelne Fragen und Themen – auch innerhalb der Europäischen Union – müssen daher stets auch ressortübergreifend zusammenwirkend, gegenseitig unterstützend, also kohärent behandelt werden. Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union bedeutet für Deutschland und die Länder auch die Umsetzung von EU-Vorgaben, die explizit oder implizit Entwicklungsfragen berühren, wie zum Beispiel die Richtlinie zur Verpflichtung von Unternehmen zur CSR-Berichterstattung, die sogenannte Menschenhandelsrichtlinie oder Vorgaben zum Handel mit Konfliktmineralien. Nur ein zivilgesellschaftliches Europa wird eine Zukunft haben. Ein Europa in dem Bürgerinnen und Bürger aktiv Entscheidungen mit beeinflussen können. Im Rahmen des Europäischen Jahres für Entwicklung 2015 haben saarländische Nichtregierungsorganisationen eine Vielzahl von Veranstaltungen rund um entwicklungspolitische Themen mit europäischem Bezug durchgeführt. Der Interregionale Parlamentarierrat hat sich jüngst dafür ausgesprochen, diese Bestrebungen in der Großregion auch weiterhin zu verfolgen.

Handlungsfelder und -bedarfe im europäischen Rahmen:

- **Dialog zur europäischen Entwicklungszusammenarbeit**

Die Landesregierung unterstützt den Dialog entwicklungspolitisch engagierter Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft mit Akteurinnen und Akteuren und Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern vor Ort, beispielsweise mit dem Ausschuss für Europa und Fragen des Interregionalen Parlamentarierrates (EF) des Saarländischen Landtages oder mit saarländischen Mitgliedern des Europäischen Parlamentes.

- **Weiterentwicklung basierend auf dem Europäischen Jahr für Entwicklung**

Die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass die Erkenntnisse und positiven Ansätze der Vernetzung und des gemeinsamen Dialogs entwicklungs- und europapolitischer Organisationen der Zivilgesellschaft, die im Europäischen Jahr der Entwicklung entstanden sind, weiterentwickelt werden.

- **Öffentliche Veranstaltungen**

Die Landesregierung fördert öffentliche Veranstaltungen, die eine kritische Betrachtung der Wechselwirkungen und Interdependenzen europäischer Politik (bspw. Handel, Fischerei usw.) und internationaler Entwicklungspolitik zum Gegenstand haben.

4. Förderung von Projekten im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit

Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit des Saarlandes werden jährlich viele kleine und mittelgroße Projekte saarländischer Nichtregierungsorganisationen gefördert. Hierfür gelten die Richtlinien des Ministeriums für Bildung und Kultur zur Gewährung von Zuwendungen für die Förderung von Projekten im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit. Gefördert werden können Projekte im Globalen Süden, die dazu beitragen, die wirtschaftliche und soziale Situation armer oder sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen vor Ort zu verbessern; Projekte, welche die Selbsthilfefanstrebungen dieser Gruppen wirkungsvoll unterstützen, Bildungs- und Qualifizierungsangebote wahrzunehmen, die Menschen im Zielland in die Lage versetzen, wirtschaftlich tätig zu sein und so selbstständig ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Des Weiteren werden Projekte gefördert, die die Gleichstellung vorantreiben, in welchen der ökologische Aspekt Berücksichtigung findet und die der Sicherung der Menschenrechte dienen. Die Projektarbeit im Ausland soll die Partner in den Ländern des Globalen Südens langfristig auf ihrem eigenen Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung unterstützen. Gefördert werden können auch Inlandsprojekte im Saarland: Projekte der schulischen, beruflichen und hochschulischen Bildung, außerschulische Projekte für Kinder und Jugendliche, Weiterbildungs- und Erwachsenenbildungsprojekte sowie entwicklungspolitische Maßnahmen und Veranstaltungen.

Der Beirat Entwicklungszusammenarbeit unterstützt das Ministerium für Bildung und Kultur bei der Entscheidungsfindung, welche Projekte unterstützt werden sollen. Seine Mitglieder beschäftigen sich intensiv mit den einzelnen Projekten, bewerten ihre Nachhaltigkeit und analysieren die Ziele der Förderung. Der Austausch des Ministeriums für Bildung und Kultur mit dem Beirat Entwicklungszusammenarbeit stellt eine fruchtbare Möglichkeit der Beratung mit Vertretern saarländischer Nichtregierungsorganisationen dar. Die Leitlinien der Entwicklungszusammenarbeit des Saarlandes werden in Zukunft inhaltliche Grundlage dieses Austauschs sein. Ein Monitoring bezüglich der Umsetzung und Weiterentwicklung der Leitlinien stellt dabei eine zentrale Aufgabe des Beirats dar.